

JUDITH DELLHEIM / FRIEDER OTTO WOLF

NEOLIBERALE MODERNISIERUNG, UM GLOBALE KONKURRENZFÄHIGKEIT UND WELTWEITE EINFLUSSNAHME ZU SICHERN - DAS BEISPIEL «PAKT FÜR DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER FRANZÖSISCHEN INDUSTRIE» (GALLOIS-BERICHT)

Der vorliegende Text ist ein Kommentar zu dem Bericht, den der französische Generalkommissar für Investitionen, Louis Gallois, am 5. November 2012 seinem Premierminister vorgelegt hat¹. Das Ziel der vorliegenden Ausarbeitung ist es zum einen, den Gallois-Bericht in einen gesellschafts- und EU-politischen Kontext zu stellen, und zum anderen sollen einige Anregungen für die Arbeit an linken und sozialistisch akzentuierten Alternativen gegeben werden.

EINE VORLÄUFIGE GESAMTBEWERTUNG

Die neoliberale Ausrichtung des Gallois-Berichts ist deutlich: Es geht um einen Gewinn an «globaler Wettbewerbsfähigkeit» (im Sinne von Konkurrenzfähigkeit), um «Handlungsspielraum in Europa und in der Welt» und darum, die «Wachstumsfähigkeit der Wirtschaft» zu verbessern (5). «Der Exportanstieg» wird als «nationale Priorität» bezeichnet (24). «Der Schlüssel» dafür sei «Investition», die «deshalb Priorität» habe (17). Um sie zu ermöglichen, wird «ein Paket von kohärenten Maßnahmen» vorgeschlagen, die als Grundlage für einen Pakt zwischen allen Akteuren der industriellen Rückeroberung Frankreichs dienen sollen (6). Dafür seien jetzt «Vorleistungen» – vorrangig von den Lohnabhängigen – zu erbringen, eine «angebotsorientierte Politik» zu verfolgen, die kurzfristig für «Wachstum» Sorge und mittelfristig neues, qualitativ verbessertes «Wachstum» ermögliche (17). Dabei wird dem Staat – hier im Gegensatz zu den zunächst populären angelsächsischen, staats-skeptischen Varianten des Neoliberalismus implizit als «Wettbewerbsstaat» (Joachim Hirsch) begriffen – eine besondere Verantwortung zugeschrieben, vor allem in Bezug auf die Qualität preisgünstigen Humankapitals, die Sicherung des Eigentums durch Rechtssetzung und deren wirksame Umsetzung sowie die Schaffung eines sozialen Konsenses. Damit ist der Anspruch verbunden, die Interessen aller Beteiligten zu schützen – in erster Linie die der industriellen Investoren – in Hinsicht auf Entscheidungsfindung und -realisierung, auf Investitionstätigkeit und deren allseitige Förderung sowie auf ein entsprechendes Engagement auf der europäischen, trans- und internationalen Ebene staatlicher Rahmensetzungspolitik.

Die Umsetzung der im Gallois-Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen bedeutet eine Machtverschiebung zugunsten des Staates, der Konzerne, der Exporteure und zuungunsten der Lohnabhängigen und der von Lohnersatzleistungen Abhängigen.

Der Bericht ist ein industriepolitisches Dokument. «Industriepolitik» meint die gezielte Beeinflussung der Produktionsstruktur in einem konkreten Territorium durch wirtschaftliche und politische Akteure. Das geschieht über die Planung und Förderung von konkreter Forschung, Entwicklung und Investition, über die Eröffnung und Erleichterung von Marktzugängen und den Zugang zu Finanzierung und Kapitalmärkten sowie über auf den «Schlüsselfaktor Humankapital» gerichtete Maßnahmen und Aktivitäten. Der Gallois-Bericht zeichnet sich durch hohe Komplexität aus.

¹ Gallois, Louis: Pakt für die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie, Bericht an den Premierminister, 5. November 2012. Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf eine deutsche Arbeitsübersetzung.

EINIGE ZUSÄTZLICHE ARGUMENTE FÜR DIE VORLÄUFIGE GESAMTBEWERTUNG

Der Bericht plädiert dafür, dass es «zu jeder neuen spezifischen Rechts- oder Verwaltungsvorschrift des Staates ein Dokument geben [solle], in dem ihre Auswirkungen auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die Mittel zur Abschwächung ihrer eventuellen negativen Folgen erläutert werden» (5). Die Orientierung auf die globale Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie und den französischen «Handlungsspielraum in Europa und in der Welt» steht ausdrücklich mit der militärischen Dimension im Zusammenhang. Das zeigt sich insbesondere, indem Bezug genommen wird auf den «weltweiten Exzellenzcluster» Luft- und Raumfahrtindustrie, auf Fragen der technologischen Überwachung, auf Atomkraftwerke, auf Interessen von Großkonzernen, und solchen der EU nach Sicherheit und Unabhängigkeit sowie auf konkrete Megaprojekte (14, 19, 23, 30–32, 42 f.).

Mit Verweis auf «faire Öffnung» und WTO (45) werden Freihandelspolitik ebenso wie Verhandlungen zum Investitionsschutz und zur Durchsetzung «geistiger Eigentumsrechte» legitimiert, die de facto vom Primat der eigenen Interessen ausgehen und sich zuungunsten der wirtschaftlich Schwächeren auswirken.

Die «Verständigung über die Finanzierung der sozialen Absicherung sollte [...] dem Staat ermöglichen, die Bedingungen für eine teilweise Verlagerung der Sozialabgaben auf das Steuersystem festzulegen» und dabei «Entscheidungen für Investitionen» (49) zu fällen und zu begünstigen. Als Einstieg wird vorgeschlagen, «einen bedeutenden Anteil der Sozialbeiträge in Höhe von 30 Milliarden Euro, d.h. 1,5 % des BIP, auf die Besteuerung und die Senkung der öffentlichen Ausgaben zu verlagern. [...] Dieses Volumen entspricht der Hälfte des Margenverlusts der Unternehmen seit 2001» (21). Dies soll im Verhältnis zwei Drittel Arbeitgeber- und ein Drittel Arbeitnehmeranteil erfolgen. Da sich der Lastentferner auf Gehälter in Höhe des Dreieinhalbfachen des Mindestlohns SMIC (mit degressiver Staffelung) beziehen soll, würden «35 % des entstandenen Kostenvorteils direkt in die Industrie und die verbundenen Dienstleistungen mit hohem Mehrwert fließen» (21) und deren Wachstum befördern. So wird zugunsten sowohl der Besserverdienenden unter den Lohnabhängigen als auch der Unternehmer entschieden und zuungunsten derer, die von öffentlichen Sozialabgaben abhängig sind. Das befördert Entsolidarisierung mit jenen in den unteren sozialen Gruppen.

Damit wird dem Staat eine industriepolitische Rolle zugeschrieben – in dem Sinne, dass der Staat durch entsprechende Interventionen dafür Sorge trägt, die Bedingungen für eine erfolgreiche Investition in industrielle Anlagen oder genereller in beschäftigungswirksame Investitionen in private Unternehmen auf seinem Territorium zu verbessern und als solche zu stabilisieren.

Diese Industriepolitik erinnert an korporatistische Arrangements, durch die breite nationale Koalitionen die Kapitalakkumulation im nationalstaatlichen Rahmen fördern sollen: Mit den Verhandlungen zur betrieblichen Interessenvertretung sollen alle Akteure in die Verantwortung für das Unternehmen und insbesondere seine Investitionstätigkeit genommen werden (21). Die impliziten Ziele sind eine Wirtschaftsentwicklung auf dem jeweils eigenen Territorium und das Schaffen von Arbeitsplätzen für die jeweils eigene Bevölkerung: «Von der Wettbewerbsfähigkeit her betrachtet hat der größtmögliche Erhalt der Arbeitsplätze und der Kompetenzen Vorrang. Das rechtfertigt neue Spielräume, für die im Gegenzug der Einsatz von Arbeitsverträgen mit geringerem Schutz (befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit usw.) begrenzt werden muss. Was die Verhandlungsebene anbelangt, so muss dabei Nähe und die tatsächliche Fähigkeit der Partner, auf Augenhöhe zu verhandeln, in Einklang gebracht werden» (50). Dafür müsse das Personal geschult werden.

Prinzipiell hätten Staat, Gesellschaft, Unternehmen und eben auch alle einzelnen gesellschaftlichen Individuen mehr als bisher für die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte und für die Qualität des Humankapitals zu sorgen (10, 13, 17, 36, 48–51).

Den Lohnabhängigen werden im Namen der Wettbewerbsfähigkeit höhere Leistungen und Belastungen abverlangt: «Wir meinen, dass ein neuer, dynamischerer und den gegenwärtigen Umwälzungen angemessenerer Sozialpakt ein unverzichtbarer Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit ist» (48).

ZU EINIGEN «FRANZÖSISCHEN» BESONDERHEITEN DES NEOLIBERALEN HERANGEHENS

Diese Besonderheiten haben zum einen mit den ausgemachten Stärken und Schwächen Frankreichs beziehungsweise französischer Unternehmen in der globalen Konkurrenz zu tun, zum anderen mit der französischen Geschichte und Gegenwart (Bildung, Kultur, politisches und Verwaltungssystem), auch und insbesondere mit den Besonderheiten der französischen Sozialdemokratie (Verortung in der europäischen Sozialdemokratie, in der französischen Gesellschaft, Verhältnis zum Staat und den EU-Institutionen).

«Die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie», so heißt es im Bericht, «geht seit zehn Jahren

zurück, und der Trend scheint sich zu beschleunigen» (5). Ihre Schwächen werden nach vier Schwerpunkten gruppiert:

1. «Forschung, Innovation und Bildung, die schlecht auf die Industrie abgestimmt sind»;
2. «Finanzierungsflüsse, die unzureichend auf die Industriestruktur ausgerichtet sind»;
3. «die Schwäche der Strukturierung und der Solidarität im Industriebereich».
4. «Der soziale Dialog ist zu unergiebig. Der Arbeitsmarkt funktioniert nicht richtig» (10–13).

Diese Schwächen befördern laut Gallois-Bericht eine tendenzielle Deindustrialisierung. Ihnen stehen «zahlreiche Trümpfe» (13) gegenüber: «die weltweiten Exzellenzcluster» mit Großkonzernen beziehungsweise Großunternehmen mit hohem Exportanteil, innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU), hoch entwickelte Forschung, die Arbeitsstundenproduktivität, der niedrige Strompreis (insbesondere dank des Atomstroms), die relativ hohe Lebensqualität (14).

«Die französische Industrie muss aus einer unzureichend differenzierten, internationalen Spezialisierung herauskommen, durch die sie zwischen die Mühlen der «qualitativ hochwertigen» Industrien [z. B. Deutschland und Schweden; JD/FOW] einerseits und der «low cost-Industrien [ostasiatische Schwellenländer; JD/FOW] andererseits geraten ist. Dies gelingt ihr nur, wenn sie sich höherwertig positioniert und an ihrer Kostenstruktur arbeitet, um die erforderlichen Margen zu erzielen. Unser Ansatz orientiert sich in unserem gesamten Bericht an drei Leitlinien:

1. Positionierung in einem höherwertigen Segment, Innovation und Produktivität fördern;
2. sich auf das stützen, was funktioniert;
3. Partnerschaften und Synergien zwischen allen Akteuren der Industrie stärken. [...]

Es muss ein Prozess eingeleitet werden, bei dem die Investition schrittweise dafür sorgt, dass wir dem Preiswettbewerb weniger ausgesetzt sind» (17).

Damit knüpft Gallois an die klassischen Konzepte der französischen «Industriepolitik» an, in denen dem Staat die Aufgabe zugetraut wird, die Verortung der «nationalen Ökonomie» in den Konkurrenzstrukturen des Weltmarktes (und auch des europäischen Binnenmarktes) zu modulieren.

Das gelingt nach Gallois nur, wenn sich alle Akteure beteiligen: Unternehmen, Sozialpartner, Staat, Gebietskörperschaften, und dies unter der Voraussetzung einer «Unterstützung der Öffentlichkeit» (17). Allerdings wird durch Gallois' staatszentrierte Darstellung die Differenz zur älteren, fordistischen Variante verdeckt: Während die fordistische Version ihre Zielsetzungen aus einem wirtschaftspolitischen Klassenkompromiss bezog, in dem Vollbeschäftigung und (begrenzte) Expansion der Lohnquote grundsätzlich als Ziele anerkannt wurden, konzentriert sich diese neue Variante allein auf das «neomerkantilistisch» definierte Ziel der «Wettbewerbsfähigkeit» und damit auf die Interessen der «Investoren» als Kapitaleigentümer.

In diesem Ensemble wird konsequent alles auf den Staat ausgerichtet, der allerdings in den Dienst des Marktes gestellt werden soll: «*Der Staat muss selbst die Rolle des zukunftsweisenden Strategen übernehmen*» (19). Er soll zunächst in fünf Bereichen (Steuergutschrift, Unternehmensnachfolge, KMU-Förderung, wirtschaftliche Gebietsabgabe,² Investitionsförderung) für fünf Jahre Stabilität gewährleisten.

«Zukunftsweisend» meint insbesondere, die Gesellschaft ideologisch orientieren, der Wirtschaft dienen, Sicherheit gewährleisten. So soll der Staat ein «Kommissariat für Zukunftsorientierung als Ort der Expertise und des sozialen Dialogs» einrichten und zu jedem Haushaltsgesetz «eine perspektivische Darstellung des Produktionsapparats auf Grundlage der Arbeiten des Kommissariats» vorlegen (19).

Der Wirtschaft zu dienen meint vor allem, den Exporteuren günstige Rahmenbedingungen zu schaffen: Planungs-, Energie- und Ressourcensicherheit (nicht zuletzt durch die öffentliche Beschaffung bzw. das öffentliche Auftragswesen), Forschung und Entwicklung sowie das notwendige kostengünstige, flexible Humankapital organisieren: «Ziel ist es, der privaten Forschung zu ermöglichen, ihren Rückstand gegenüber der Forschung in den innovativsten Ländern wettzumachen und die KMU dazu zu bringen, mehr Spitzentechnologie und Innovation in ihre Industrieprozesse und in ihre Erzeugnisse zu integrieren» (25).

Der Staat soll mit seiner industriepolitischen Orientierungsstrategie die Kooperation in der Gesellschaft für die globale Konkurrenz- und Handlungsfähigkeit organisieren. «Der wichtigste Punkt für die französische Industrie ist wahrscheinlich, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren (öffentliche Forschungsstrukturen, Großkonzerne, mittelständische Unternehmen, innovative Unternehmen) und den Transfer der Forschung auf die Innovation und ihre industriellen Anwendungen zu intensivieren und zu beschleunigen. Das Problem ist bereits klar identifiziert, die manchmal ideologischen Grenzen fallen, und es werden entsprechende Instrumente werden geschaffen. Auf diese Fortschritte muss man sich stützen

² Die wirtschaftliche Gebietsabgabe (CET) ist eine reformierte Gewerbesteuer, die dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung trägt und zum «Solidaritäts- und Vertrauenspakt» zwischen dem Staat und den Gebietskörperschaften gehört.

und darauf aufbauen» (27).

So soll der Staat zum Beispiel einen Kohärenzrahmen für die KMU-Wachstumsförderung wie spezifische Cluster und Verflechtungen schaffen oder begünstigen und Großunternehmen nur fördern, wenn sie ihre Lieferanten und Subunternehmer einbinden. «Für die Solidarität der Branchen sind in erster Linie die Unternehmen verantwortlich, aus denen sie sich zusammensetzen. Insbesondere ist dies Sache der Großkonzerne, die als «Brückenköpfe» agieren, und der Fachverbände, in denen sie organisiert sind» (30). Damit wird der Gedanke einer branchenbezogenen Industriepolitik von vorneherein der Sache nach aufgegeben und den Strategien der Großunternehmen überantwortet.

Denn die Großkonzerne als «Brückenköpfe» gehören bereits zu den Hauptakteuren der neoliberal geprägten Globalisierung. Die Verteidigung und Stärkung der globalen Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie müsse also auf Konzerne abstellen und auf die Kooperation von und mit Konzernen. Dabei ist nicht zufällig von «Patriotismus» die Rede:

«bei den öffentlichen Konzernen muss der Staat auf Grundlage der Vorschläge aus den Unternehmen Ziele festsetzen und überprüfen, ob die politischen Vorgaben korrekt umgesetzt werden;

die privaten Konzerne setzen global orientierte Strategien ein, aber ihre Wurzeln sollen weiterhin in Frankreich sein. Bei der Branchenstrukturierung kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu; es ist möglich, an den Patriotismus ihrer Führungskräfte zu appellieren. [...]

Die Großkonzerne sollten «Charten» vorschlagen, in denen sie sich verpflichten, Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Branche durchzuführen: natürlich durch ihre Einkaufspolitik, die langfristig zu planen ist, aber auch durch die Bereitstellung von Schulungsstrukturen, durch Managementberatung und fachliche Unterstützung, durch Unterstützung beim Export, durch die Einrichtung gemeinsamer IT-Plattformen (z.B. Beschaffungsplattform) oder durch die Unterstützung des Zusammenschlusses von Lieferanten. Nichts von alledem steht im Widerspruch zu den Strategien der Großkonzerne. [...] All dies stärkt die Konvergenz der Interessen zwischen den Konzernen und ihrer Branche sowie ihre Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene. Die Branchenausschüsse der CNI [Nationalen Industriekonferenz; JD/FOW] sind der richtige Ort, um diese Prozesse zu evaluieren und zu stimulieren» (31 f.).

Allerdings seien auch die staatlichen Instanzen der Regionen ebenso wie die Unternehmen gefordert, unternehmensnahe Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Kooperation zu organisieren und zu koordinieren. Auch hier sollen Erfahrungen aus Deutschland ausgewertet und positiv angeeignet werden.

Das Generalkommissariat für Investition (CGI) wird beauftragt «drei technologische und industrielle Prioritäten zu unterstützen:

generische Technologien,
Gesundheit und Nachhaltigkeitswirtschaft und
die Energiewende» (39).

Gerade die auf diesen Feldern aktiven Unternehmen sollen vom «Wettbewerbsschock» als einem «Vertrauensschock» (20) – damit ist die bereits erwähnte Entlastung der Unternehmen von einem Teil der Sozial-, primär der Solidaritätsabgaben gemeint – profitieren. Darüber hinaus sollen die Unternehmen aus der Stärkung der Eigenmittel Gewinn ziehen, indem sie die Spareinlagen auf längerfristige Risikoanlagen und diese langfristigen Anlagen dann auf die Industrie orientieren. Die «Lebensdauer» von Lebensversicherungsverträgen soll durch die Anpassung ihrer Besteuerung verlängert werden. Die fondsgebundenen, in Aktien getätigten Investitionen oder die in der französischen Rechtsordnung verankerten 200 «gestreuten Verträge»³ sollen mit den gleichen Mitteln wie die ausschließlich in Rentenpapieren investierten Verträge begünstigt werden. Die Versicherungsgesellschaften sollen etwa 2 Prozent ihrer Aktiva in nicht börsennotierte Unternehmen investieren. Die Anlagenliquidität müsse dabei zu einem bestimmten Termin gesichert sein. Die Anlagen würden in spezialisierte Fonds erfolgen. Der Staat soll ihm nahestehende Spar- und Versicherungsunternehmen, die Rentenfonds, gezielt zu derartigen Aktivitäten anregen.

Parallel dazu sollen Programme für längerfristige KMU-Investitionen und KMU-Beteiligungen aufgelegt werden, die gegenüber un- oder weniger produktiven Anlageformen wie zum Beispiel Immobilien nicht zu benachteiligten wären.

Öffentliche Investitionsbanken und Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) sollen insbesondere das Risikokapital mobilisieren und das Eigenkapital von Unternehmen stärken, die technologische Spitzenleistungen erbringen können und wollen. Diese sollen vor eventuellem Aufkauf durch ausländische Unternehmen bewahrt werden, beispielsweise durch «zeitlich befristete Mehrheitsbeteiligungen»,

³ «Gestreute Verträge» meint Festlegungen zur Risikominderung beziehungsweise zum Risikoausgleich in der Versicherung.

verschiedene Aktien- und Fondsinnovationen und -konstruktionen sowie durch Spar- und Steuersubventionen (38 f.).

Der Gallois-Bericht sieht also durchaus Maßnahmen vor, die der Finanzialisierung zuwiderlaufen, und setzt sich indirekt mit den Folgen der Finanzialisierung auseinander. Er betont das französische Engagement für eine aktive EU-Industriepolitik und beklagt deren Fehlen. «Die Binnenmarktpolitik muss in eine echte europäische Industriestrategie integriert werden, die in der [...] Mitteilung der Kommission⁴ nur sehr allgemein und ohne tatsächliche Berücksichtigung der neuen Situation eines internationalen Wettbewerbs erwähnt wird, der härter denn je ist. Europa muss seine Politik in den Dienst der Industrien stellen. In Zukunft sollte die Wettbewerbsfähigkeit der Maßstab für alle europäischen Politiken – ebenso wie für die nationalen Politiken – sein.» (42) Der Bericht macht «zwei schwerwiegende Lücken» in der EU aus: «Es gibt keine beziehungsweise zu wenig *europäische Politik für Energie oder für Rohstoffe*. Wenn Europa hier nicht aktiv wird, dann ist die Wettbewerbsfähigkeit und mittelfristig die Unabhängigkeit Europas in großer Gefahr. Wichtig ist vor allem, dass bei der Energiewende eine gemeinsame europäische Linie gefunden wird» (42).

Weil ein niedriger Strompreis als Erfolgsbedingung in der globalen Konkurrenz angesehen wird, wird an Atomkraftwerken festgehalten, aber auch auf unkonventionelle Gasgewinnung und erneuerbare Energien gesetzt (24 f.).

«Frankreich verfügt über Know-how und eine Tradition großer Programme, die bisher als «Lokomotive» für die technologische Entwicklung des Landes und seiner Industrie gedient haben. Das Land könnte die Initiative ergreifen und umfassende europäische Projekte in der Art von Sesar, Galileo oder Ariane V ME66 für die Zukunftstechnologien vorschlagen, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Energiewende oder High-Speed-Internettechnologie» (43). «Projekte in dieser Art» haben eine militärische Komponente. Diese Megaprojekte sollten über «Project Bonds» und die Europäische Investitionsbank (EIB) finanziert werden.

In der EU müsse «die Wettbewerbspolitik stärker in den Dienst der europäischen Industrie und ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestellt werden» (44). Dies gelte auch für die Festlegung eines realistischen und angemessenen Kurses des Euro gegenüber anderen Währungen (1,15 bis 1,20 US-Dollar für einen Euro) (46).

Mit dem «mehr Konkurrenzfähigkeit» der französischen Industrie soll das Industrierpotenzial der EU gestärkt und die französischen Handlungsmöglichkeiten in der EU vergrößert werden. Zugleich soll die EU, die nun stärker von den Interessen der in Frankreich Herrschenden geprägt ist, im Interesse der in Frankreich und in der EU Herrschenden weltweit besser zur Wirkung kommen – nicht zuletzt dank einer konsequent wettbewerbsstaatlich ausgerichteten Industriepolitik.

Die Fokussierung auf mehr Konkurrenzfähigkeit und insbesondere auf höhere Anforderungen und höhere Belastungen der Lohnabhängigen ist mit einer kulturellen Perspektive verbunden, die auf mehr Kooperation und auf gegenseitiges Verständnis ausgerichtet ist, das heißt auf eine Einbeziehung von anderen in die «Verantwortung» ohne wirkliche Demokratisierung, auf mehr Transparenz von Abläufen, auf mehr Rechnungslegung, mehr Gewicht auf Technik und Technologie, auf Management- und Detailkompetenzen, auf Lernen aus internationalen *best practices*, auf Technokratie und Expertentum usw.

Auch das betrifft vor allem die Lohnabhängigen: «Zum einen geht es um Vereinfachung und mehr Klarheit, zum anderen müssen die Personalvertreter verstärkt in die Lage versetzt werden, ihre Standpunkte zum Ausdruck zu bringen, und zwar zu einem früheren Zeitpunkt während der Ausarbeitung der Unternehmensstrategie, um besser in der Lage zu sein, künftige Entwicklungen zu antizipieren» (49). Das bedeutet jedoch nicht per se mehr Mitsprache bei politischen Entscheidungen – oder aber nur mehr Mitsprache, wenn das Primat der Konkurrenzfähigkeit anerkannt wird. So wird vorgeschlagen, «dass die Personalvertreter eine beratende Stimme in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten von Unternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten erhalten» sollen. Wie in Deutschland sollten PersonalvertreterInnen den Vorsitz der Unternehmensausschüsse übernehmen können. «Dies würde dazu führen, dass alle Akteure im Unternehmen Verantwortung tragen» (49).

Damit soll eine «Dynamik» entstehen, die «das Misstrauen, das die Sozialpartner im Unternehmen zu häufig gegeneinander hegen», überwindet und dafür sorgt, dass «jeder seine überholten Haltungen aufgibt. [...] Das ist der Weg, um das Niveau der kollektiven Intelligenz anzuheben» (50). Diese könne sich insbesondere bei Entscheidungen zur Kurzarbeit niederschlagen. Schließlich «herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, dass das deutsche System effektiver ist und die Leistungsfähigkeit der Industrie

⁴ Gemeint ist die Mitteilung der Europäischen Kommission «Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung» vom 10.10.2012, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0582:FIN:DE:PDF>.

besser erhalten hat» (50).

EINE ANGEREICHETERTE GESAMTBEWERTUNG DES GALLOIS-BERICHTS

Der Gallois-Bericht ist nicht mehr und nicht weniger neoliberal als komplexe Konzepte oder Reformansätze, welche die herrschende Politik in der EU und insbesondere in Deutschland hervorgebracht hat und (durchaus gesellschaftsverändernd) inzwischen auch realisiert (hat). Dies erfolgte zugunsten von mehr globaler Konkurrenzfähigkeit am «Standort» angesiedelter Konzernzentralen und mehr globaler Einflussnahme für «Sicherheit», darunter nicht zuletzt Energie- und Ressourcensicherheit. Immer wieder waren die sozial und global Schwächeren die Leidtragenden, immer wieder erfolgte eine Verlagerung der Reformbelastungen von oben nach unten, wuchsen soziale Ungleichheit und Spaltungen, wurden soziale Repressionen verstärkt, soziale und ökologische Lebensbedingungen zerstört beziehungsweise verschlechtert, wurde mehr Gewalt gegen Menschen angewandt, haben die Herrschenden sich verändert, haben ihre Macht ausgebaut und dafür einen neuen sozialen Konsens organisiert und damit die Machtposition der Lohnabhängigen geschwächt.

Diese Tendenz war einerseits mit der Gründung und Entwicklung der EU und ihrer Vorgängerinnen angelegt. Sie war aber andererseits keineswegs alternativlos und vorherbestimmt. Seit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 lässt sich eine zunehmend widersprüchliche Orientierung von EU-Politik aufzeigen, die auf Integration der Märkte setzt, um die globale Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen und Regionen, aber auch der EU insgesamt zu stärken. Der Akte folgten der Maastrichter Vertrag 1992, der Amsterdamer Vertrag 1997, der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen 1999, der die Integration der Finanzmärkte vorsah, die Lissabon-Strategie 2000, der Vertrag von Nizza 2001, der Lissabonner Vertrag 2007, die Strategie EU2020, die in Auseinandersetzung mit der Finanz- und Wirtschaftskrise eingeführte «Neue wirtschaftspolitische Steuerung» mit ihren «drei Grundpfeilern»: straffere Wirtschaftsagenda mit strengerer Überwachung durch die EU, Maßnahmen zur Stabilität und Stabilisierung der Euro-Zone und Maßnahmen zur Sanierung des Finanzsektors.

Die Finanzialisierung wurde und wird mit den genannten Vereinbarungen nicht einfach hingenommen, sondern gezielt begünstigt und seit 1999 in neuer Qualität forciert. Damit ist aber auch die EU eine grundsätzlich andere geworden; sie hat sich transformiert von einem wirtschaftlichen Zusammenschluss zu einem globalen Akteur, der Globalisierungsgewinne anstrebt und deshalb Finanzmärkte besser integrieren und an globalen Finanzmärkten partizipieren oder auf ihnen konkurrieren will, aber zugleich auch eine global konkurrenzfähige Produktion, Stabilität und Ressourcensicherheit braucht. Diese EU mit diesem Selbstverständnis und Zielen ist ferner auf eine entsprechende Außen- und Sicherheitspolitik mit starkem militärischem Arm angewiesen. Dafür ist selbst die größte Volkswirtschaft in der EU zu klein. Die mächtigsten Kapitalgruppen und Kapitaloligarchien in West- und Mitteleuropa brauchen auf unterschiedliche und widersprüchliche Weise die EU und insbesondere den Euro, um global erfolgreich agieren zu können.

Die in Deutschland Regierenden wollen die EU so gestalten, dass sie besser den Bedürfnissen des Exportweltmeisters entspricht: Deutsche Regelungen sollen tendenziell derart verallgemeinert werden, dass die Institutionen zunächst der Euro-Zone, dann der EU in Richtung des in Deutschland entwickelten Wirtschafts- und Sicherheitsstaates erweitert und qualifiziert werden. Dem wird die Entwicklung von sozialen, demokratischen und ökologischen Standards nahezu vollständig untergeordnet.

Die verschiedenen «Euro-Pakete» und der Fiskalpakt befördern einen neuen Schub in diese Richtung: Sie haben mit dem Sozialabbau, der monetaristischen Kontrolle und entsprechend geprägten Sanktionen die Begünstigung neuer Überakkumulation und die Schaffung von «Liquidität» für das Agieren an den globalen Finanzmärkten zum Gesetz erhoben. Auch wenn die Regierungen widersprüchliche und halbherzige Maßnahmen zur Kontrolle und Regulierung von Finanzmärkten vereinbart und teilweise auch umgesetzt haben, haben sie sich letztendlich an den Interessen von transnationalen Konzernen (TNC) orientiert.

So haben die Regierenden in Deutschland in den 1990er Jahren und von 1999 bis 2005 einschneidende Modernisierungsgesetze auf den Weg gebracht, die die Dynamik neoliberaler Entwicklung entfesselt und damit Konkurrenzverhältnisse und soziale Repression verstärkt haben. Diese Modernisierungsgesetze haben gravierende Veränderungen im gesellschaftlichen Leben nach sich gezogen und scheinbar folgerichtig weitere neoliberal geprägte Gesetze und Modernisierungen hervorgebracht. Stichworte dafür sind: Steuerreform zugunsten von Exportunternehmen und Reichen, Arbeitsmarktreform- beziehungsweise «Hartz»-Gesetze, Agenda 2010, Technologie- und Innovationsförderung, ÖPP-Stimulierung, Gesundheits- und Rentenreformen, Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Privatisierungen öffentlicher Leistungen und Bereiche, Förderung von Finanzialisierungsprozessen. Bei all dem konnte sich die

Bundesregierung auf EU-Recht, auf Richt- und Leitlinien sowie Empfehlungen der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments stützen. Und im Allgemeinen hatten PolitikerInnen, Verwaltende und ExpertInnen aus Deutschland einen großen Anteil daran, dass all diese Empfehlungen, Gesetze, Richt- und Leitlinien so verfasst waren und sind, wie sie verfasst waren und sind.

Mit den so beförderten Erfolgen deutscher Exporteure, Unternehmen und Konzerne, die «moderate» Lohnentwicklungen durchzusetzen verstanden, ist selbstverständlich der Konkurrenzdruck auf Unternehmen und Löhne in Frankreich erhöht worden. Dort hat man von Deutschlands «außerparlamentarischer Hartz-Kommission» gelernt: Kurz nach dem Wahlsieg der Sozialistischen Partei und der Regierungsbildung unter François Hollande legte der ehemalige Bahnchef und EADS-Manager Louis Gallois seinen 22 Maßnahmen umfassenden Bericht vor. Während Hollande zunächst schnellstens einige durch die Sarkozy-Regierung bewirkte soziale Verschlechterungen zurücknehmen und die ArbeitnehmerInnen entlasten wollte, gingen die Entlassungen weiter, schnellten die Arbeitslosenzahlen in die Höhe und schritt die Prekarisierung von Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen voran. Junge Menschen waren und sind davon besonders betroffen.

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble hatte sofort nach dem Gallois-Bericht erklärt, die soeben in Paris eingeleiteten «Reformen» kämen «zu spät» und die sogenannten Arbeitsmarktreformen seien «zu schwach».⁵ Dafür gibt es zumindest zwei Gründe: Zum einen galt Schäubles Attacke einem sozialdemokratischen Kontrahenten. Zum anderen weiß er, dass wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen hoch qualifiziertes Personal voraussetzen. Damit sind der Flexibilisierung und Verbilligung von Humankapital Grenzen gesetzt. Offenbar sieht er durchaus, dass mit der Umsetzung der Empfehlungen des Gallois-Berichts in Frankreich deutschen Unternehmen neue Konkurrenten erwachsen und dadurch die «Globalisierungsgewinne» für Deutschland geschmälert werden könnten. «Einerseits führt die Globalisierung zu Produktionsprozessen und damit zu Endprodukten, die immer stärker international ausgerichtet sind. [...] Andererseits führen die technologischen Umwälzungen – heute Digitalisierung und Internet, morgen die Energiewende – zu tief greifenden Veränderungen in der Art und Weise, wie Produkte entworfen und hergestellt werden, ebenso wie sie die Art und Weise verändern, in der die Arbeitskollektive funktionieren. [...] In diesem immer stärker konkurrierenden internationalen Umfeld werden Anpassungsfähigkeit und Reaktivität zu entscheidenden Faktoren. Gleichzeitig braucht die Industrie mehr kollektive Intelligenz, mehr Fähigkeit zu teilen und zu antizipieren» (48).

Der Gallois-Report beschreibt diese Dynamik völlig richtig aus der Sicht eines konkurrierenden und zugleich untereinander kooperierenden Kollektivs. Seine Mitglieder können kooperieren, ohne konkurrieren zu wollen. Sie können ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und ihre Kompetenzen, die auch und vor allem technik- und technologiebezogen sind, sehr wohl zur Lösung sozialer, ökologischer und globaler Probleme einsetzen. Sie können selbstbestimmt in Würde, solidarischem Miteinander und in intakter Natur leben.

EINIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE ARBEIT AN LINKEN, UND SOZIALISTISCHEN ALTERNATIVEN

Es ist an der Zeit, gegen soziale und territoriale Ungleichheit anzukämpfen und zu verhindern, dass die EU zu «einem Imperium» wird. Es gilt, die Finanzialisierung zurückzudrängen und jenen Verlust an Steuerungsmöglichkeiten für Problemlösungen zu kompensieren, der in den letzten drei Jahrzehnten durchgesetzt worden ist. Das spricht für eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung, aber gegen eine, die allein der funktionalen Logik der Marktvervollkommnung im Hayek'schen Sinne verpflichtet ist.

Sowohl gegen eine gemeinsame Wirtschaftsregierung im Dienste der Finanzialisierung als auch für eine derartige gemeinsame Wirtschaftsregierung, die diesen Prozess zurückdrängt, wird heute überwiegend mit notwendigem Wachstum argumentiert – insbesondere, um «aus den Schulden herauszuwachsen». Das funktionierte aber weder in Lateinamerika, noch kann es in der EU funktionieren. Es ist aus ökologischen Gründen auch nicht vertretbar, «Wachstum» anzustreben.

Stattdessen stünden «Strukturreformen» auf der Tagesordnung, die dazu beitragen, den aufgelaufenen «Bestand» an Armut, an sozialer Ausgrenzung, an sozialen Spaltungen, an ökologischer Zerstörung und an Entdemokratisierung zu bekämpfen. Aber die Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrats anlässlich des 50. Jahrestages des Élysée-Vertrages folgt eher einem «Weiter so»: «Bei der Industriepolitik ist es vor allem notwendig, alle europäischen Politiken dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums zu

⁵ Schmid, Bernard: Deutschland–Frankreich: 50 Jahre Elysée-Vertrag, in: trend 02/2013, unter: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0213/t110213.html>.

unterstellen.»⁶ Man sei sich «der ähnlichen Probleme der deutschen und der französischen Industrie beim Zugang zu Rohstoffen bewusst» und verpflichte sich, «die deutsch-französische Abstimmung zu intensivieren, um unseren beiden Volkswirtschaften einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Zugang zu strategisch bedeutenden Rohstoffen zu sichern».⁷ Und so sei man «erfreut» über die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Und genau so geht es immer weiter auf der schiefen Ebene einer EU, welche die Herrschaftsansprüche ihrer Eliten permanent ausweitet, indem sie für deren «Weltgeltung» eintritt. Damit wird die Spezifik dieser Art von Industriepolitik noch einmal deutlich: Es geht ihr um eine Modulierung der Kapitalakkumulation im Interesse nationaler, insbesondere imperialer Handlungsfähigkeit.

Die Europäische Union verfügt über eine Nachhaltigkeitsstrategie, auf deren Grundlage gegen die Finanzialisierung des wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Lebens und gegen das wachsende Gewicht des Militärischen vorgegangen werden kann und die es auch ermöglicht, die Privatisierung des Öffentlichen infrage zu stellen. Diese Nachhaltigkeitsstrategie ermöglicht grundsätzlich auch eine Emanzipation von den US-amerikanischen Ratingagenturen und die Bekämpfung von Spekulation mit Währungen und Staatsschulden. Sie könnte die Einführung beziehungsweise Hebung demokratischer, sozialer und ökologischer Mindeststandards ermöglichen.

An Konzeptionen und Vorschlägen mangelt es nicht: Von NGOs wie Finance Watch oder der Euro-Memo-Group, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen liegen zahlreiche fundierte Vorschläge vor. Initiativen und Kampagnen verleihen ihnen immer wieder Nachdruck. Aber ihre europäische Umsetzung bleibt blockiert.

Das macht es nötig, die Kräfteverhältnisse auf allen Ebenen der Politik in Europa zu verändern: Soll eine andere, alternative Entwicklung der EU eingeleitet werden, die zu wirklichen Problemlösungen beitragen kann, dann gilt es heute, sich mit jenen zu solidarisieren, die sich für das Menschenrecht auf Wasser, für Lebensmittel- und Energiesouveränität, für Selbst- und Mitbestimmung in den Angelegenheiten, die das eigene und das gesellschaftliche Leben betreffen, engagieren; die unter den Losungen «Unsere Welt ist keine Ware», «Education is not for sale», «Gesundheit ist keine Ware», «Keine Energie aus Atom, Kohle, Schiefergas», «Debt audit» usw. gegen «die Finanzialisierung des Lebens», gegen Privatisierung und Kommerzialisierung der sozialen Sicherungssysteme, der öffentlichen Infrastruktur und der natürlichen Lebensbedingungen (und dem damit verbundenen Rollback in Sachen Gendergerechtigkeit und Antidiskriminierungskämpfen) eintreten. Es gilt, jenen zur Seite zu stehen, die Moratorien über Zins- und Schuldentrückzahlungen, über Privatisierungen, Freihandelsabkommen, Megaprojekte und geistige Eigentumsrechte fordern; jenen, die die Moratorien nutzen wollen, um die Kräfte zur Verteidigung und Mehrung des Öffentlichen, für entwicklungsfähige demokratische, soziale und ökologische Mindeststandards zu organisieren. Es wäre ein Grundverständnis von «Industriepolitik» zu entwickeln, bei dem nicht länger die Wettbewerbsfähigkeit nationalstaatlicher Voraussetzungen und Bedingungen der Kapitalakkumulation Priorität hätten, sondern soziale und ökologische Zielsetzungen. Zudem käme es darauf an, konstitutive und pfadbestimmende Entscheidungen einem breiten demokratischen Aushandlungsprozess zu unterwerfen, in den zumindest tendenziell alle Beteiligten und Betroffenen einbezogen werden.

Ein derartiges «Wachstum» des demokratischen Öffentlichen ist produktiv, denn es vergrößert das Problemlösungspotenzial der Politik in Europa. Genau dafür werden dann eine Banken- und Fiskalunion sowie eine Sozial- und Umweltunion dringend gebraucht. Und dafür wird selbstverständlich erst recht eine besondere gemeinsame Wirtschaftsregierung gebraucht.

Es bedarf auch dringend eines demokratischen Verfassungsprozesses in der EU – als Ergebnis wie als Begleitung eines realen Prozesses, in dem sich politische Akteure verändern, die veränderte politische Kräfteverhältnisse erkämpfen. Dabei geht es auf der Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten insbesondere um ein Einhaltgeboten, um ein Zurückdrängen und schließlich um die perspektivische Überwindung von herrschenden Kapitaloligarchien, wie sie sich in der Macht eines global agierenden Finanzkapitals verdichten. Die veränderten Kräfteverhältnisse würden sich in sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklungen, in veränderten Regierungen und EU-Institutionen, in einem anders ausgerichteten Fortschritt der europäischen Integration und der Europäischen Union niederschlagen. Eine solche EU hätte die Fähigkeit und die Kraft, global verantwortungsvoll zu agieren. Sie könnte Attraktivität für neue Bündnisse ausstrahlen und damit neue Chancen für alternative globale Entwicklungen eröffnen.

Aber dafür ist die Organisation von Solidarität Voraussetzung, und das bedeutet keineswegs erst zuletzt die

⁶ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrats anlässlich des 50. Jahrestags des Élysée-Vertrags, Nummer 22/2013, 22.1.2013, S. 5.

⁷ Ebd., S. 6.

Solidarisierung mit den demokratischen GegnerInnen der Vorschläge des Gallois-Berichts und des Umgangs der Regierung mit diesen Vorschlägen: Fünf Gewerkschaften verließen im Februar unter Protest den Verhandlungstisch der «Großen Sozialkonferenz». «Die französische Regierung hat eine umstrittene Reform des Arbeitsmarktes auf den Weg gebracht. Das [...] im Ministerrat verabschiedete Gesetzesvorhaben soll Unternehmen vor allem in Krisenzeiten mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten und Entlohnung geben.»⁸ Die Hollande-Regierung hatte am 6. März 2013 den Gesetzentwurf zur «Beschäftigungssicherung»⁹ vorgelegt. Mittlerweile ist er beschlossen, aber die Gewerkschaften CGT (Confédération générale du travail) und Force Ouvrière (FO) mobilisieren weiter gegen die Übereinkunft, für konkurrenzfähigere Arbeitsplätze auf soziale und demokratische Rechte zu verzichten.

Es ist also keineswegs eine demokratische Industriepolitik in Frankreich oder in der Europäischen Union auf den Weg gebracht, aber die in diesem Kontext vorgeschlagenen Staatsinterventionen können ebenso grundsätzlich wie konkret daraufhin befragt werden, welchen Zielsetzungen sie dienen oder dienen können. Damit wird es grundsätzlich und eben auch konkret vorstellbar, sie von dem eindimensionalen Ziel der Konkurrenzfähigkeit abzulösen und die Deliberation über Staatsinterventionen aufzunehmen, die dem Ziel eines Übergangs zu nachhaltigen Mustern der Entwicklung und damit der realen Durchsetzung ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit dienen. Diese sollten in überschaubaren Zeiträumen und in einem territorial begrenzten Rahmen nicht als spontaner Effekt von Marktprozessen – und auch nicht als Ergebnis des Einsatzes sogenannter Marktinstrumente – erwartet werden. Sie werden nur durch ein planvolles, bewusstes, an expliziten politischen Zielsetzungen orientiertes Handeln zu erreichen sein. Dieses Handeln wird auch immer wieder aus kollektiven Such-, Entscheidungs- und Reflexionsprozessen hervorgehen und auf die Korrektur von Fehlern durch einen umfassenden demokratischen Deliberationsprozess angewiesen sein. In diesem Sinne werden sowohl die neoliberale Orientierung auf Konkurrenzfähigkeit als destruktives eindimensionales Kriterium als auch die nationalistische Konzeption einer Privilegierung der «eigenen» Investoren hinter sich gelassen. Nur so lässt sich die Aufgabe einer nachhaltigen Überwindung der gegenwärtigen komplexen Krisenkonstellation in ihrem Kern als eine Aufgabe demokratischer Industriepolitik in Europa begreifen.

Konkret: Demokratische Arbeit an demokratischen Alternativen kann erfolgreich sein, wenn sie auf der Höhe der Zeit ist, das heißt der gegebenen Dringlichkeit wie auch der realistischen Machbarkeit Rechnung trägt. So gilt es, Schwerpunkte zu finden und Aufgaben zu formulieren, die sowohl vom zeitlichen Horizont als auch von der Erreichbarkeit der Akteure und Steuerungspotenzen her lösbar sind und tatsächlich sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungen einleiten können. Das gilt insbesondere für den lokal und regional beeinflussbaren Umgang mit Problemen der Energieversorgung und der Transportwirtschaft. Diese Bereiche müssen aus Gründen der Ressourcen-, Klima- und Umweltintensität bzw. -sicherheit umgebaut werden und werden bereits verändert. Sie betreffen den Alltag der BürgerInnen. Sie können als Beschäftigte, EinwohnerInnen, NutzerInnen und VerbraucherInnen, als KundInnen, kompetente BürgerInnen oder als sozial, ökologisch, politisch Engagierte über ihre Organisationen und Zusammenschlüsse Einfluss auf die Ausprägung eines für Problemlösungen notwendigen Konsenses nehmen. Das verlangt nicht zuletzt, Konflikte zu benennen und demokratisch auszutragen: Stichworte dafür sind: Auto, Atomstrom, Fleisch- und Fischkonsum, Südfrüchte, Mobiltelefone – und Solidarität mit den sozial und global Schwächsten.

⁸ Französische Regierung startet umstrittene Arbeitsmarktreform, dpa-AFX-Meldung, vom 6.3.2013, unter: http://www.t-online.de/wirtschaft/id_62454588/franzoesische-regierung-startet-umstrittene-arbeitsmarktreform.html.

⁹ <http://www.assemblee-nationale.fr/14/projets/pl0774.asp>.